



JASOZ  **AL**



SOZIALVERBAND
VdK



#JASOZIAL

ÜBER UNS

Der Sozialverband VdK ist der größte Sozialverband in Deutschland.

Mit unseren mehr als 2,3 Millionen Mitgliedern kämpfen wir für soziale Gerechtigkeit. VdK-Mitglieder profitieren von unserer kompetenten Beratung im Sozialrecht. Wir vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Politik – für einen starken Sozialstaat.

Mehr Informationen unter
www.jasozial.de

Herausgeber:
Sozialverband VdK Deutschland e.V.
Liniestraße 131, 10115 Berlin
Telefon: 030 9210580-400
Telefax: 030 9210580-410
E-Mail: presse@vdk.de
Internet: www.vdk.de
V. i. S. d. P.: Andreas Wallenborn

SOZIALVERBAND
VdK



JASOZ  **AL**
FORDERUNGEN ZUR
BUNDESTAGSWAHL 2025

SOZIALVERBAND
VdK

Die Bundestagswahl 2025 ist wegweisend für die Zukunft unseres Sozialstaats.

Der Sozialverband VdK fordert von allen Parteien konkrete Lösungen, um die soziale Spaltung zu bekämpfen, und ein klares Bekenntnis zu einem leistungsfähigen Sozialstaat. Einem Sozialstaat, der Menschen jeden Alters vor Armut schützt, gute Pflege bietet, die Gesundheit fördert und gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht.

HAUPTFORDERUNGEN

- Rente für Alle einführen
- Armut in allen Altersstufen bekämpfen
- Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verwirklichen
- Einheitliche und solidarische Kranken- und Pflegeversicherungen umsetzen

Diese vier zentralen Forderungen stehen exemplarisch für Maßnahmen, die nicht nur das Leben der 2,3 Millionen Mitglieder des Sozialverbands VdK signifikant verbessern würden. Sie tragen auch dazu bei, den Sozialstaat für alle zu stärken und langfristig auf eine solide Basis zu stellen.

ARMUT UND EINKOMMEN

Rentenniveau auf 53 Prozent anheben

Die wichtigste Absicherung im Alter, insbesondere für arme Menschen, ist und bleibt die Rente. Ohne eine Stabilisierung des Rentenniveaus

droht künftig ein Absturz der Alters- und Erwerbsminderungsrenten. Nach den Kaufkraftverlusten der vergangenen Jahre brauchen wir adäquate Rentenerhöhungen statt -kürzungen. Ein Rentenniveau von 53 Prozent ist unverzichtbar.

Rente für Alle einführen

Um das Rentenniveau auf 53 Prozent anzuheben und Ungerechtigkeiten in der Altersvorsorge abzumildern, sollten alle Erwerbstätigen – einschließlich Beamte, Politiker und Selbstständige – in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

Gesetzlicher Mindestlohn

Der Mindestlohn muss armutsfest sein und das Aufbauen einer Alterssicherung über der Grundsicherungsschwelle ermöglichen. 15 Euro wären dafür das Minimum.

Bekämpfung von Frauenarmut

Frauen brauchen existenzsichernde Beschäftigungen. Minijobs müssen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen umgewandelt und das Ehegattensplitting durch ein Besteuerungsmodell für Familien ersetzt werden.

Bekämpfung von Kinderarmut

Es wird eine Kindergrundsicherung benötigt, die ihrem Namen gerecht wird. Sie sollte allen Kindern zugutekommen und ihnen Teilhabe und Bildungschancen sichern. Außerdem braucht es mehr Investitionen in die Infrastruktur für Kinder.

GESUNDHEIT UND PFLEGE

Einheitliche solidarische Kranken- und Pflegeversicherung einführen

Um die Beitragszahler zu entlasten und das Solidarsystem zu stärken, müssen Kranken- und Pflegeversicherung einheitlich und solidarisch gestaltet sein. In diese müssen alle, auch Beamte, Politiker und Selbstständige, einzahlen. Mehr Einkommensarten müssen dabei berücksichtigt werden.

Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Das große Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) resultiert aus fehlenden Bundeszuschüssen und versicherungsfremden Leistungen, die von den Beitragszahlenden getragen werden. Das muss aufhören. Die Krankenhausreform sollte mit Steuermitteln oder durch Beteiligung der privaten Krankenversicherung finanziert werden.

Pflegelohn für pflegende Angehörige

Die Pflege von Angehörigen ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Ein Pflegelohn muss eingeführt, die Möglichkeiten zur Unterbrechung oder Reduzierung der Erwerbsarbeit müssen erweitert werden.

Umfassende Pflegereform

In der Pflege werden Reformen häufig schon nach kurzer Zeit von der Realität überholt: Deshalb herrscht sowohl finanzierungs- als auch leistungsseitig dringender Reformbedarf.

Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssen durch Steuermittel ausgeglichen und der ausgesetzte Bundeszuschuss wieder eingesetzt werden. Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige müssen ausgebaut werden und problemlos zugänglich sein. Die Grenzen zwischen ambulanter, teilstationärer und stationärer müssen zugunsten einer personenzentrierten Pflege aufgelöst werden.

BEHINDERUNG UND BARRIEREFREIHEIT

Menschen mit Behinderungen in Gesetzgebungsverfahren

Zehn Prozent der Menschen in Deutschland haben eine Schwerbehinderung. Deshalb muss eine grundsätzliche Normenprüfung aller Gesetze im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit der UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt werden.

Umfassende Barrierefreiheit

Eine barrierefreie Welt ist ein Gewinn für alle. Deshalb braucht es wirksame Reformen. Insbesondere im Privatsektor muss fehlende oder unzureichende Barrierefreiheit als Diskriminierungstatbestand aufgenommen werden. Der gesamte Personenverkehr muss umgehend barrierefrei umgebaut und Neubauten im Mehrparteienwohnungsbau müssen barrierefrei gebaut werden.

JASOZ  **AL**